

JANUAR'16/NR.1

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



› **THEMA:** KAMPF GEGEN ZWEITE GOTTHARDRÖHRE

3

› **STADT LUZERN:** REFERENDUM GEGEN DIE SPARPOLITIK

9

› **INTERN:** WECHSEL AUF DEM SEKRETARIAT

13

INHALT

Thema

Keine 2. Röhre am Gotthard!	3
-----------------------------	---

Bund

Nahrungsmittelspekulation	6
---------------------------	---

Durchsetzungsinitiative	6
-------------------------	---

Heiratsstrafe abschaffen	7
--------------------------	---

Kanton Luzern

Initiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik»	8
--	---

Finanzpolitik am Wendepunkt?	8
------------------------------	---

Stadt Luzern

Referendum Voranschlag	9
------------------------	---

Verkauf Mattenhof	10
-------------------	----

Referendum Bestattungswesen	10
-----------------------------	----

Emmen

Energievorschriften Seetalplatz	11
---------------------------------	----

Bodeninitiative	11
-----------------	----

Junge Grüne

100er Club	12
------------	----

Internes

Abschied von Rahel	13
--------------------	----

Willkommen Nadine	13
-------------------	----

Dies und das

Kommunale Wahlen im Mai	14
-------------------------	----

Palaver Israel und Palästina	15
------------------------------	----

Agenda/Parolen	16
----------------	----

IMPRESSUM

Rundbrief 1/16

Informationsbulletin der

Grünen des Kantons Luzern

Redaktion: Geschäftsleitung Grüne

Druck: SWS Medien AG Print

Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch

erscheint 4x jährlich

Auflage: 2400

Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

EDITORIAL



Nach den kantonalen und nationalen Wahlen geht es weiter mit den kommunalen Wahlen vom 1. Mai 2016. Dafür laufen die Vorbereitungen bei unseren Ortsgruppen in der Stadt Luzern, in Emmen, Kriens, Horw, Ebikon, Sursee, Willisau und in anderen Gemeinden bereits auf Hochtouren. Wie immer dürfen wir auf topmotivierte Kandidierende zählen, die sich für diverse Ämter zur Wahl stellen. Mehr Informationen erhaltet ihr nach und nach.

Ende Februar steht zunächst ein Abstimmungssonntag auf der Agenda, bei dem über mehrere wichtige Anliegen zu entscheiden ist. So hoffen wir, dass es mit vereinten Kräften gelingt, den Unsinn einer zweiten Gotthardröhre aufzuzeigen und den Alpenschutz zu sichern. In dieser Ausgabe des Rundbriefs finden sich dazu mehrere Artikel. Vielen Dank für jede Unterstützung bei dieser für die Grünen und die Umwelt sehr wichtigen Vorlage.

Für die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen ist die Spekulation mit Lebensmitteln zu unterbinden. Bei der Initiative gegen die Heiratsstrafe geht es unter anderem um eine überholte Ehedefinition, die im 21. Jahrhundert nicht in die Bundesverfassung gehört. Ein klares Nein verdient die Zwängerei-Initiative, die für einen Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung eine Sonderstrafjustiz ohne Härtefallregeln einführen will. Damit wird der Rechtsstaat ausgehöhlt. Ihrer humanistischen Tradition verpflichtet lehnen die Grünen auch neue Schikanen für Asylsuchende ab, wie sie eine kantonale Initiative bewirken würde.

Ich wünsche eine gute Lektüre und spannende Debatten.
Viel Erfolg im Jahr 2016!

Raffael Fischer

LUZERN HAT DEN LÄRM, DIE ABGASE UND ZUSÄTZLICHE UNFÄLLE

SANIERUNG DES GOTTHARDTUNNELS OHNE 2. RÖHRE

Noch 2012 meinte Doris Leuthard: «Wir bauen ja kaum zwei Tunnel und lassen je eine Spur leer. Das ist meines Erachtens scheinheilig.» Kurz darauf begann sie den Bau einer zweispurigen Gotthardröhre zu pushen, bei welcher nur eine Spur genutzt wird.

Wie Doris Leuthard vor drei Jahren, bezweifelt der Luzerner Ständerat Konrad Graber auch heute noch, dass nur je eine Spur genutzt würde: «Wer glaubt, dass beide Röhren einspurig betrieben werden, der glaubt gleichzeitig an den Storch, den Osterhasen und das Christkind.»

Trotzdem kommt diese 2. Gotthardröhre nun am 28. Februar zur Abstimmung. Und so begrüsst die EU den Entscheid für eine zweite Gotthardröhre ausdrücklich. Sie sieht diese als «Reservekapazität», um Stau zu vermeiden, wenn der Verkehr anderswo blockiert wird. Wir werden wohl innert kurzer Zeit den Druck spüren, von den Automobilistinnen, den Transportunternehmen und der EU und dann wird die zweite Spur schnell bei x Ausnahmewilligungen befahren werden. Dies bedeutet nicht nur Mehrverkehr fürs Tessin und den Kanton Uri, sondern klar auch für den Kanton Luzern, durch welchen die wichtigsten Zufahrtsautobahnen zum Gotthard verlaufen. Die zweite Röhre wird auch mehr Schwerverkehr anziehen und uns BewohnerInnen entlang der Nord-Süd-Achse noch stärker mit Lärm und Abgasen belasten.

KONKURRENZ ZUR NEAT

Eine 2. Röhre steht in Konkurrenz zu den Agglomerationsprojekten, denn der Bau, inklusive Unterhalt und Betrieb, kostet 3 Milliarden mehr als eine einfache Sanierung. So reichen die finanziellen Mittel des Bundes nicht aus, die wirklichen Problemstellen im Verkehrsnetz zu sanieren. Der Bundesrat, die bürgerlichen Parteien und die Bau- und Autolobby gehen mit dem Bau einer 2. Röhre zudem bewusst das Risiko ein, die Wirkung der NEAT zu sabotieren, welche im Dezember 2016 ihren Betrieb aufnimmt.

MEHR UNFÄLLE IN LUZERN

Gefühlt sind zwei Tunnel ohne Gegenverkehr sicherer. Doch die Beratungsstelle für Unfallverhütung rechnete aus, dass wenn nur 3 % mehr Verkehr durch den Gotthard rollt, die Sicherheit im Tunnel ohne Gegenverkehr und auch auf den zuführenden Autobahnen bereits wieder wie heute ist: nämlich akzeptabel. Seit 2002 gab es keine Toten mehr im Gotthardtunnel. Durch das Dosiersystem für LKW konnte das Risiko stark gesenkt werden, waren doch bei 80% der tödlichen Unfälle LKW beteiligt. Die Sicherheit im Gegenverkehrstunnel kann

auch bereits heute noch stärker verbessert werden. Es werden Wärmemesser beim Tunneleingang installiert, um überhitzte LKW zu eruieren und aus dem Verkehr zu ziehen. Weiter haben immer mehr LKW und PW Fahrerassistenzsysteme. Zudem könnte eine Mittelleitplanke (einzeln versenkbar) eine Frontalkollision verhindern. Und die wirkungsvollste Verbesserung ist, dass eben ab Dezember 2016 viele LKW auf die NEAT verladen werden.

SANIERUNG OHNE NEUBAU

Deshalb ist die einzig richtige Lösung die Sanierung des bestehenden Tunnels während fünf Jahren in den Wintermonaten, jeweils ein Lüftungsabschnitt. Im Winter ist die Tagesverkehrs Menge um einiges kleiner, die LKW sind bereits auf die NEAT verladen und die Autos können im Bahnverlad durch den alten Gotthard-Bahntunnel transportiert werden, so wie es am Lötschberg seit Jahrzehnten tagtäglich ohne Probleme praktiziert wird. Im Sommer bliebe der Tunnel offen.

ES BRAUCHT JEDE STIMME

Obwohl die Argumentation gegen die 2. Gotthardröhre überzeugend ist, sind wir auf alle angewiesen. Am 28. Februar müssen wir zum wiederholten Mal Nein stimmen, um die teure Kampagne der Bau- und Autolobby zu bodigen.

Monique Frey, Kantonsrätin Grüne, Emmen



➤ **DER DURCHSCHNITTliche TAGESVERKEHR DURCH DEN GOTTHARDTUNNEL BETRÄGT 17'000 FAHRZEUGE. ÜBER DIE AARGAUER BRÜCKE IN LUZERN VERKEHREN TÄGLICH FAST 100 FAHRZEUGE, ÜBER DEN SEETALPLATZ ÜBER 50'000.**

➤ **80% DER GÜTER DURCH DEN GOTTHARD SIND TRANSITGÜTER UND MÜSSEN AUF DIE NEAT VERLADEN WERDEN.**

➤ **80% DES VERKEHRS AM GOTTHARD IST FERIEN- UND FREIZEITVERKEHR.**

FAKTEN GEGEN DIE 2. RÖHRE

VERDOPPELUNG DER LASTWAGEN DURCH DIE 2. RÖHRE

Noch bevor mit dem Gotthardbasistunnel das Kernstück der 24 Milliarden Franken teuren NEAT eröffnet ist, wird über den Bau von zwei weiteren Spuren am Gotthard abgestimmt. Dabei sind schon heute die Kapazitäten im alpenquerenden Schienengüterverkehr nur zu knapp 60% ausgelastet – mit der Eröffnung des Basistunnels stehen am Gotthard zusätzliche 40% Kapazität zur Verfügung. Diese Bahn-Kapazität sollte genutzt werden, bevor die Nord-Süd-Strassenachse ausgebaut wird. Der Druck die Kapazitäten zu erhöhen wird in den nächsten Jahren massiv zunehmen (Grafik unten). Zwei Beispiele aus dem Ausland zeigen die drohende Entwicklung, wenn die Kapazitäten erhöht werden.

BRENNER: DOPPELT SO VIELE LASTWAGEN:

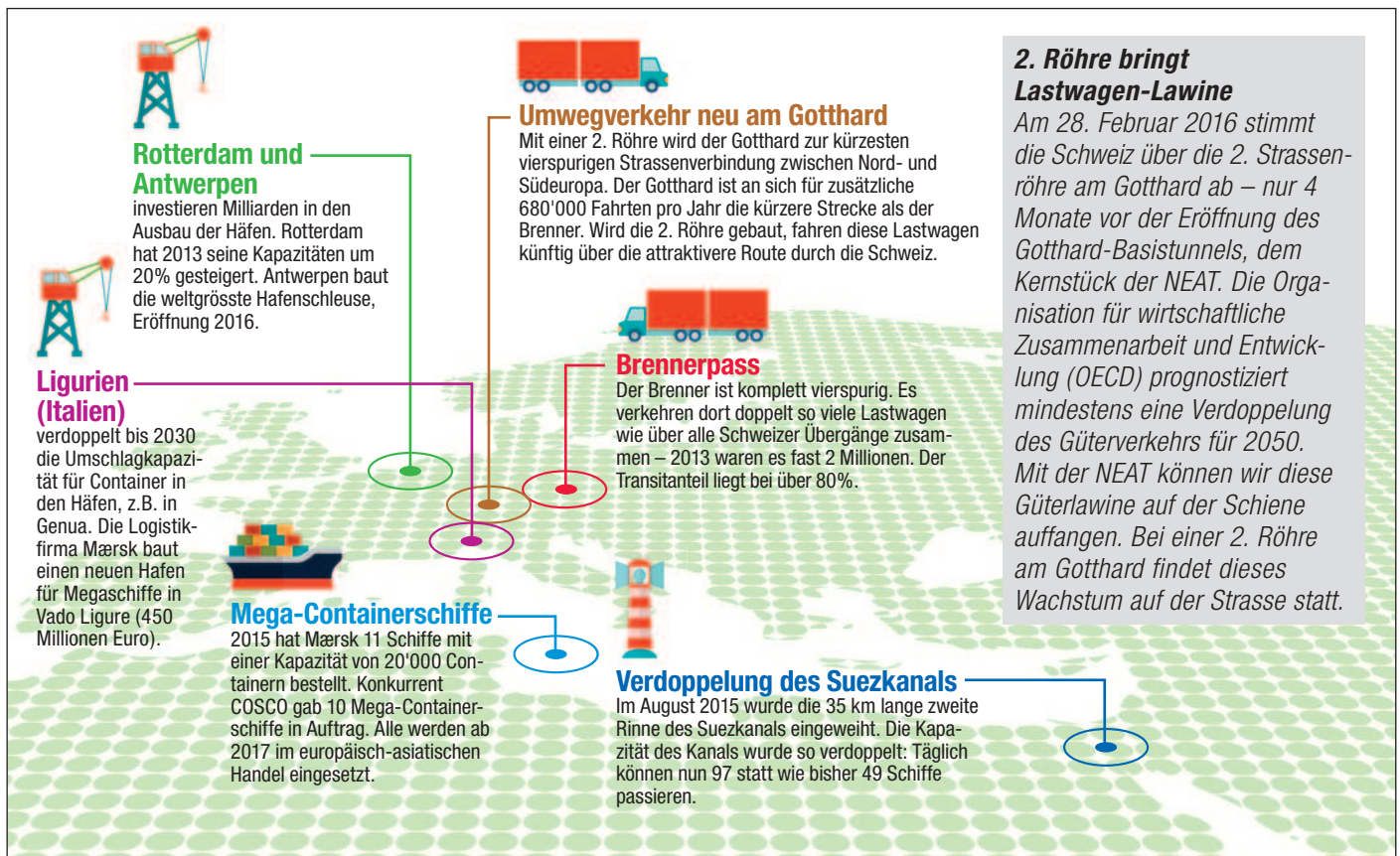
Der Brennerpass zwischen Österreich und Italien ist heute die mit Abstand am stärksten belastete Strassenachse der Alpen. Die Brenner-Autobahn ist komplett vierspurig ausgebaut. Die Konsequenz: Der Brenner hat doppelt so viel Strassengüterverkehr wie alle Schweizer Übergänge zusammen – 2013 haben über 1,9 Millionen Lastwagen den Brenner überquert. Der Transitanteil beträgt 91,3%.

TAUERNTUNNEL: MEHR VERKEHR:

Was die Auswirkung von mehr Spuren ist, zeigt der Tauern-tunnel in Österreich. Dieser ursprünglich einröhrige Autobahntunnel ist seit 2011 vierspurig befahrbar. Im Vergleich zum Durchschnittsverkehr vor der Eröffnung hat der Verkehr trotz Wirtschaftskrise in den Jahren 2012 bis 2014 im Schnitt bereits um bis zu 20% zugenommen.

www.alpeninitiative.ch

Welche Güterströme auf uns zukommen



FAKTEN GEGEN DIE 2. RÖHRE

DIE 2. RÖHRE BEDROHT DIE WIRTSCHAFTLICHKEIT DER NEAT

Die neuste offizielle Untersuchung zur Wirtschaftlichkeit der NEAT durch Infras und Ecoplan stammt aus dem Jahr 2011. Die Studie zeigt, dass eine zweite Röhre für Lastwagen und Autos die Rentabilität der NEAT mehr als in Frage stellt.

Aus **betriebswirtschaftlicher Perspektive** decken die Einnahmen im Güter- und Personenverkehr die Kosten von Unterhalt und Betrieb in einem optimistischen Szenario knapp.

Es resultiert ein Überschuss von 9 Millionen Franken pro Jahr. Bei einer weniger starken Nutzung der NEAT durch den Güter- und den Personenverkehr würde sich das betriebswirtschaftliche Ergebnis verschlechtern.

In die **volkswirtschaftliche Perspektive** werden auch die jährlichen Kapitalkosten der NEAT mit einbezogen. Diese betragen von 2008 bis 2070 pro Jahr 541 Millionen. Diese jährlichen Kosten werden durch den volkswirtschaftlichen Mehrwert knapp aufgehoben. So verbessert zum Beispiel die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene die Umweltsituation in den Alpentälern.

UNTERSUCHUNG AUSWIRKUNGEN 2. RÖHRE

Die Studie von Ecoplan und Infras schliesst mit der Bemerkung, dass eine 2. Röhre negative Auswirkungen auf die Rentabilität der NEAT hätte, da sie den Mehrverkehr auf der NEAT in jedem Fall verringert. Das heisst: Selbst wenn die Kapazität nach der Fertigstellung einer 2. Röhre nicht erhöht würde, würde beim Personenverkehr ein Verlust von Billet-Einnahmen von 17 bis 29 Millionen Franken pro Jahr resultieren.

Bei einer vollen Nutzung der vier vorhandenen Spuren würde sich die Wirtschaftlichkeit der NEAT stärker verschlechtern – sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Öffnung aller vier Spuren hoch ist, untersuchte die Studie diese Auswirkungen noch gar nicht.

www.alpeninitiative.ch

2. Röhre am Gotthard

NEIN



Quellenangabe: Alpeninitiative (Texte und Bilder)

INITIATIVE

STOPP NAHRUNGSMITTELSPEKULATION



Weltweit hat noch immer jeder neunte Mensch nicht genug zu essen. Neben Armut, ungerechter Landverteilung und Klimawandel trägt auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln dazu bei. Sie führt zu Preisexplosionen, welche vor allem Menschen in Entwicklungsländern sofort im Geldbeutel und Magen spüren. Unter dem Motto «Mit Essen spielt man nicht» haben die

JUSO im März 2014 erfolgreich die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» eingereicht.

Die Initiative verbietet unnötige Spekulation. So hilft sie dabei, dass niemand mehr verhungern muss und Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunft haben.

Um zum Kampf gegen den weltweiten Hunger beizutragen, will sie die Investition in Finanzinstrumente verbieten, welche sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Verträge über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen sollen weiterhin zulässig sein. Des Weiteren soll sich der Bund auch auf internationaler Ebene für die Bekämpfung der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen einsetzen.

www.gruene.ch

Volksinitiative
«Keine Spekulation mit
Nahrungsmitteln!



INITIATIVE

DURCHSETZUNGSINITIATIVE



Bei Annahme dieser Initiative werden alle Ausländer, welche für bestimmte Vergehen verurteilt wurden, aus der Schweiz ausgewiesen, unabhängig von der Schwere des Vergehens. Dabei werden weder die Umstände der Tat, der Aufenthaltsstatus noch das geltende Völkerrecht beachtet.

Die Initiative hintergeht das juristische System, da das Prinzip der Verhältnismässigkeit missachtet wird. Durch die automatisch erfolgenden Ausschaffungen wird nicht auf die individuellen Fälle und Umstände eingegangen. Falls diese Initiative akzeptiert wird, würden auch Ausländer der zweiten und dritten Generation selbst für kleine, gewaltfreie Vergehen, automatisch aus der Schweiz ausgewiesen werden.

Im Gegensatz zu dieser Initiative sieht das zur Zeit angewendete Gesetz über die Ausweisung von kriminellen Ausländern eine Härtefallklausel vor. Diese erlaubt es in aussergewöhnlichen Situationen Ausnahmen zu machen, insbesondere bei Ausländern, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind.

Die Durchsetzungs-Initiative enthält weit mehr als die angenommene Ausschaffungs-Initiative. Umso wichtiger ist es, dass diese Verschärfung nicht durchkommt. Denn sie liefe faktisch auf eine Entrechtung eines Viertels der hiesigen Wohnbevölkerung hinaus. Für alle InländerInnen ohne roten Pass würde eine Sonderstrafjustiz eingeführt und das Verhältnismässigkeitsprinzip missachtet. Die Initiative ist ein Angriff auf den Rechtsstaat, die Grundrechte sowie die Europäische Menschenrechtskonvention. Zudem würde die Debatte zwischen der Schweiz und der EU über die Zukunft der Bilateralen weiter erschwert.

Raffael Fischer, Co-Präsident Grüne Luzern, Willisau
Mehr Informationen: www.gruene.ch

Durchsetzungsinitiative



INITIATIVE

NEIN ZUR CVP-INITIATIVE «HEIRATSSTRAFE ABSCHAFFEN»

Die CVP hat im Oktober 2013 die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – Heiratsstrafe abschaffen» eingereicht. Sie will damit die Benachteiligung verheirateter Paare gegenüber anderen Lebensgemeinschaften bei den Steuern und bei der Altersvorsorge aufheben.

Das Parlament lehnt die Initiative ab. Die Fraktion der Grünen nannte drei Gründe für ihr Nein.

1. Eine «Heiratsstrafe» gibt es bei den Bundessteuern fast nicht mehr, die kantonalen Steuern bevorteilen eher Konkubinatspaare. In den Sozialversicherungen sind Eheleute wegen verschiedener Spezialleistungen privilegiert. Der Nachteil aus dem Plafond von 150 % für Eheleute wird insbesondere durch Witwenleistungen, Ehegattensplitting und Beitragsbefreiung für nichterwerbstätige Ehepartner mehr als aufgewogen.

Würde der Plafond bei Ehepaaren vollständig beseitigt, kostet das jährlich 2 Milliarden Franken. Das würde nach der Streichung der genannten Spezialleistungen rufen. Das wäre für das Total aller Ehepaare ein Nachteil. Eine Anhebung des Plafonds, wie sie der Ständerat bei der Altersvorsorge 2020 vorsieht, wäre aber trotzdem richtig. Denn die aktuelle Regelung trägt der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen zu wenig Rechnung.

2. Die CVP-Initiative definiert zudem die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Eine Weiterentwicklung des Instituts der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wäre dann nur noch mit einer Verfassungsänderung, statt wie heute mit einer gesetzlichen Anpassung möglich. Bei Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung kommt das als Diskriminierung an.

3. Schliesslich bestimmt die Initiative die Ehe als steuerliche Wirtschaftsgemeinschaft. Damit würde die von uns Grünen geforderte Individualbesteuerung verunmöglicht (Besteuerung jeder natürlichen Person einzeln, unabhängig vom Zivilstand). Diese Besteuerung baut nicht auf der traditionellen Rollenteilung. Sie begünstigt die Berufstätigkeit der Frauen und stärkt ihre wirtschaftliche Stellung.

Die Initiative bringt grosse steuerliche Ausfälle und gesellschaftliche Rückschritte. Das wollen die Grünen nicht.

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne, Luzern

CVP-Initiative
«Heiratsstrafe abschaffen»

NEIN

ANZEIGE

ab 28. Januar

HERE IS HAROLD

von Gunnar Vikene

24. Januar bis 28. Februar

**TOTAL KAURISMÄKI SHOW
DIGITALLY REMASTERED**

s t a t t k i n o

ab 11. Februar

EL ABRAZO DE LA SERPIENTE

von Ciro Guerra

ab 18. Februar

SANGUE DEL MIO SANGUE

von Marco Bellocchio

ab 21. Februar

I PUGNI IN TASCA

von Marco Bellocchio

ab 25. Februar

KEEPER

von Guillaume Senez

ab 4. März

**LA LOI
DU MARCHÉ**

von Stéphane Brizé

ab 10. März

OUR LITTLE SISTER

von Hirokazu Kore-eda

ab 17. März

SON OF SAUL

von László Nemes

ab 24. März

GROZNY BLUES

von Nicola Bellucci

stattkino

im Bourbaki Panorama Luzern
Reservierungen 041 410 30 60

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

ab 31. März

VOYAGE EN CHINE

von Zoltan Meyer

7. April

AS I OPEN MY EYES

von Leyla Bouzid

SVP-INITIATIVE «FÜR EINE BÜRGERNAHE ASYLPOLITIK»

GEGEN EINE MENSCHENVERACHTENDE ASYLPOLITIK

Wir Grüne lehnen die SVP-Initiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» am 28. Februar 2016 entschieden ab. Sie leistet keinen konstruktiven Beitrag zum Asylwesen – im Gegenteil.

Die Initiative gründet in einem Misstrauen allem Fremden gegenüber und lässt ausser Acht, dass die Schweiz eine humanitäre Tradition pflegt. Das heisst, dass die Kantone Asylsuchende aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen haben.

Bei einer grossen Zahl an Schutzsuchenden kann das eine Herausforderung sein. Diese gilt es zu meistern. Die Initiative leistet keinen Beitrag dazu. Im Gegenteil: die Gemeinden sollen nicht ihren Teil beitragen müssen, Asylsuchende sollen sich nicht länger als ein Jahr

in einer Gemeinde aufhalten dürfen (d.h. sie müssten umplatziert werden, was Platzknappheit verschärfen würde), der Kanton soll alleine für renitente Asylbewerber zuständig sein und sowieso alle Kosten für alles übernehmen. Das würde sich nicht bewähren.

Eine Forderung der Initiative wurde übrigens gar vom Bundesgericht für ungültig erklärt, jene nämlich nach Asylzentren ausserhalb der Bauzonen.

Die Initiative bringt keine Lösungen im Asylwesen, sie ist abzulehnen.

Katharina Meile, Kantonsrätin Grüne, Kriens

**Initiative «Für eine
bürgernahe Asylpolitik»**

NEIN

KANTONSRAT

FINANZPOLITIK AM WENDEPUNKT?

Am Schluss waren viele erleichtert: Wir haben ein Budget für das Jahr 2016. Nach Hängen und Würgen und viel Schrauben konnte der Kantonsrat ein Budget beschliessen, das den Vorgaben der Luzerner Schuldenbremse entspricht.

Die Grünen machten bei diesem Aufatmen nicht mit: Sie hatten verlangt, dass die Schuldenbremse ausgesetzt wird, bis eine grundlegende Diskussion über die Finanzen stattgefunden hat. Doch der Kantonsrat wollte über diesen Vorschlag nicht einmal diskutieren.

So ratterte der Kantonsrat die Abbaumassnahmen durch, strich einige heraus, fügte andere hinzu. Aber er unterliess es, die nötige Diskussion zu führen, wohin dieser Kanton will. Respektive eine Mehrheit hatte sie schon beantwortet: Die Steuerstrategie geht vor, soziale, ökologische Zielsetzungen und die Bildung sind letztlich zweitrangig.

Immerhin: Die Zweifel nehmen auch bei den bürgerlichen Parteien zu. Ein CVP-Sprecher betitelte einige Massnahmen als Schildbürgerstreiche. Mehr noch als Worte sagten die gequälten Gesichter einiger christdemokratischer Exponenten im Parlament und Regierung aus. Denn auch sie wissen: Das ist nicht der aufstrebende, zeitgemässe Kanton, von dem man vor den Wahlen gesprochen hatte.

Die Hoffnung stirbt zuletzt und 2016 hat dieser Kanton eine weitere Chance, sich wieder den Bedürfnissen seiner Bevölkerung zuzuwenden. Die Grüne Fraktion bleibt dran.

Michael Töngi, Kantonsrat Grüne, Kriens

REFERENDUM VORANSCHLAG

STOPP! KEIN SPAREN AUF KOSTEN UNSERER KINDER!



Mit dem Referendum gegen das Budget 2016 sagen wir Grüne NEIN zur einseitigen Sparpolitik der Stadt Luzern. Wir haben im Kanton und der Stadt kein Problem der Ausgaben, sondern der Einnahmen. Grosskonzerne zahlen kaum Steuern, bei der Förderung der Kinder aber soll gespart werden. Zudem umfasst «Haushalt im Gleichgewicht» 14 Mio. Franken. Das strukturelle Defizit der Stadt Luzern ist über 3 Mio. kleiner. Sparen auf Vorrat? Nein!

Die Stadt Luzern ist seit Jahren im Sparmodus. Im Sparpaket «Haushalt im Gleichgewicht» finden sich Sparmassnahmen auf Kosten der Förderung und Unterstützung unserer Kinder. Daher lehnen wir den Voranschlag 2016 ab und verlangen die kompensationslose Streichung der folgenden drei Massnahmen: Reduktion der IF-Lektionen, Reduktion der DaZ-Lektionen und Reduktion der Quartierarbeit.

Die Reduktion bei der Integrierten Förderung und dem Deutsch als Zweitsprache zielt auf Kinder mit besonderem Förderungsbedarf. Mittel- und langfristig wird sich das rächen und zu Mehrkosten bei den Sozialwerken und Sozialhilfe führen. Schule wird für Lernende wie Lehrende weniger attraktiv. Wir sollten aber Sorge zu unserem wertvollsten Rohstoff, der Bildung tragen.

QUARTIERE FÖRDERN

Die Stadt wächst, die Quartiere werden dichter besiedelt. Umso mehr sollen die Bewohner und v.a. die Kinder im Quartier eine «Heimat» finden. Zu diesem Zweck hat die Stadt Luzern erst kürzlich die Quartierarbeit aufgebaut. Diese «junge Pflanze» soll nun schon wieder umgetopft werden, statt sie erst mal blühen zu lassen.

Wir wollen eine Stadtverwaltung, die sorgsam mit unseren Steuergeldern umgeht, die sich aber auch überlegt, wie sie Dienstleistungen zukunftsgerecht und kundenfreundlich erbringen kann. Wir wollen Stadtschulen, die alle Kinder fördern und unterstützen können. Wir wollen eine städtische Politik, die nicht nur finanzgesteuert ist. Wir fordern eine Politik, die sich den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellt und dazu Lösungen entwickelt und vorantreibt.

Marco Müller, Präsident Grüne Stadt Luzern, Luzern

Voranschlag 2016

NEIN

VERKAUF MATTENHOF

WOHNEN UND ARBEITEN IN DER 2000-WATT-SIEDLUNG IM MATTENHOF II

Die Stadt besitzt ein wertvolles Landstück direkt beim S-Bahnhof Mattenhof. Die Grünen fordern, dass auf dem Grundstück Mattenhof II eine 2000-Watt-Siedlung entsteht. Dazu soll dieses Land im Baurecht ausgeschrieben werden. Den beantragten Verkauf des Grundstücks an die Eberli Sarnen AG lehnen wir deshalb ab.

Das Grundstück Mattenhof II ist ideal an die S-Bahn Luzern angeschlossen, zukünftig soll ein 7.5-Minuten-Takt zum Luzerner Bahnhof angeboten werden. Die Luzerner Allmend als Freizeit- und Naherholungsgebiet ist zudem in kürzester Distanz zu erreichen. Das sind mitunter ideale Voraussetzungen für den Bau einer 2000-Watt-Siedlung, die Arbeiten und Wohnen ideal verbinden soll. Das Stadtparlament fordert in der Gesamtplanung bis 2020, dass «mindestens zwei 2000-Watt-Siedlungen im Bau» seien. Nun kommt der

Stadtrat aber mit der Idee, das Land an einen privaten Bauunternehmer zu verkaufen, der darauf eine Saalsporthalle mit einem Hochhaus bauen will.

Zuerst müssen Bedarf, Nutzen und Grösse einer Saalsporthalle in der Region gründlich diskutiert werden. Dies fand genauso wenig statt, wie eine Diskussion über den Standort. Die Grünen erachten den Standort Rothenburg Station als bessere Alternative. Beim Verkauf Mattenhof würde die Stadt einmal mehr konzeptlos ein Grundstück verschern (Quote), statt dieses gemäss den eigenen Zielen zu beplanen.

Christian Hochstrasser, Grossstadtrat Grüne, Luzern

Verkauf Mattenhof II an Eberli AG

NEIN

REFERENDUM BESTATTUNGSWESEN

ANGEHÖRIGE BEZAHLEN MEHR

Im Oktober 2015 hat der Grosse Stadtrat im Rahmen des Sparpakets «Haushalt im Gleichgewicht» eine Änderung des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen beschlossen. Am 28. Februar stimmen wir darüber ab, ob neu die Angehörigen für die Kremation von Verstorbenen bezahlen oder weiterhin die öffentliche Hand für die Kosten aufkommen soll.

Bislang hat die Stadt Luzern die Kremationsgebühren für ihre Einwohner/-innen übernommen, neu sollen die Kosten auf die Angehörigen überwält werden. Der Krematoriumsverein Luzern findet das nicht richtig und hat deshalb das Referendum ergriffen.

Aus Sicht der städtischen Grünen ist diese Sparmassnahme kritisch zu betrachten. Sie bedeutet einen weiteren Leistungsabbau. Da bei so genannten Härtefällen aber weiterhin die Stadt die Kremationskosten übernehmen wird, hat der städtische Vorstand zur Vorlage Stimmfreigabe beschlossen.

Noëlle Bucher, Grossstadträtin, Luzern

Änderung des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen

FREIGABE

ENERGIEVORSCHRIFTEN

DROHENDES ÖKOLOGISCHES DESASTER AM SEETALPLATZ

Die Mehrheit aus SVP und FDP hat an der letzten Parlamentssitzung 2015 alle Energievorschriften aus den Bebauungsplänen am Seetalplatz gekippt. Zudem sprach sie sich auch gegen verbindlich zu bauende Veloparkplätze und eine Reduktion der Fahrten, die durch die Überbauung generiert werden dürfen, aus.

Der Gemeinderat hatte richtigerweise einen strengen Energiestandard gefordert. Gebaut werden sollte mindestens nach Minergie-P-Eco oder Minergie-A-Eco-Standard – oder als Alternative mit der Zertifizierung als 2'000-Watt-Areal. Leider hat sich hier aber ganz knapp eine Verhinderer-Koalition aus FDP und SVP durchgesetzt und sämtliche Energievorschriften gestrichen – gegen jegliche Vernunft und gegen ihre eigene

Gemeinderatsmehrheit. Damit gilt nun nur noch das zahnlose kantonale Energiegesetz. Diesen Entscheid – 3 Tage nach der Einigung an der Pariser Welt-Klima-Konferenz – finden wir absolut fatal, rückwärtsgewandt und geradezu verantwortungslos. Schliesslich bauen wir hier für die Zukunft, und die Gebäude werden noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben – zusammen mit ihrem Energieverbrauch.

Damit hat sich einmal mehr gezeigt, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Emmen unbedingt ändern müssen. Nur so haben wir in der zweiten Lesung vielleicht noch eine Chance, dass dieses eigentlich tolle Projekt zu einer zukunftsgerichteten Überbauung wird und nicht zu einer energie- und verkehrspolitischen Altlast!

Patrick Graf, Einwohnerrat Grüne, Emmen

BODENINITIATIVE

BODEN BEHALTEN, EMMEN GESTALTEN



Bild: Reportair.ch

Die Gemeinde Emmen fährt die Strategie, strukturelle Defizite durch den Ausverkauf des noch in Gemeindehand befindlichen Landes auszugleichen. Das geht aber nur so lange gut, wie noch Land vorhanden ist. Mit einer Initiative möchten die Grünen Emmen, der Gemeinde einen langfristigen Horizont in der Bodenpolitik aufzeigen.

Emmen soll eine aktive Bodenpolitik betreiben. Damit erhält die Gemeinde grösseren Handlungsspielraum in der Raumplanung und der Gestaltung des Lebensraumes. Zukünftige Generationen werden dankbar sein,

wenn die Gemeinde noch eigenes Land hat. Dieser Boden kann dann für Bevölkerung, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft bereitgestellt werden, dort wo entsprechender Bedarf besteht. Ist das Bedürfnis nach einem Park vorhanden? Braucht es eine Schule? Braucht es Gewerbegebiete oder Wohnraum? Oder gibt es Nachfrage nach einer heute noch nicht bekannten Nutzung?

Seit Jahren verkauft die Gemeinde Emmen aber mehr Land als sie zukaufte. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, besitzt Emmen in zehn bis zwanzig Jahren kein Land mehr, das veräussert werden könnte.

PRIVATISIEREN VON GEWINNEN?

Dass Grossinvestoren ein Interesse am Kauf von Land der Gemeinde Emmen haben, zeigt, dass es sich offenbar rechnet, Land zu besitzen. Der Boden wird immer knapper und somit teurer. Verkaufen wir heute, werden Grossinvestoren diese spekulativen Gewinne mit Land, das heute noch der Gemeinde gehört, realisieren können.

Jetzt ist höchste Zeit zum Handeln und der Gemeinde Emmen zu einer fortschrittlichen Bodenpolitik zu verhelfen. Das geht nur mit der Bodeninitiative.

Andreas Kappeler, Einwohnerrat Grüne, Emmen

Bodeninitiative



WERDE MITGLIED IM

100er
CLUB

UNTERSTÜTZE DIE JUNGEN GRÜNEN KANTON LUZERN:

Die Jungen Grünen Kanton Luzern sind eine äusserst aktive und engagierte Partei. Seit Jahren wächst unsere Basis; sie bildet die Zukunft der Grünen in unserem Kanton. Jetzt habt ihr die exklusive Chance, unser passioniertes Engagement als Gönnerin oder Gönner im 100er Club finanziell zu unterstützen.

Der neu gegründete Gönnerverein sucht 100 Personen, die jährlich 100 Franken an die Jungen Grünen spenden. Die Mitgliedschaft im 100er Club ist mehr als eine finanzielle Unterstützung: Mit deiner Mitgliedschaft zeigt ihr auch eure Zustimmung für unsere politische Arbeit.

Seit Jahren lancieren wir kreative Kampagnen für einen umweltfreundlichen, solidarischen und progressiven Kanton Luzern. Unsere Mittel sind begrenzt, jede Mitgliedschaft wird unsere Schlagfertigkeit stärken.

Das Vertrauen und das Commitment unserer Gönnerinnen und Gönner honorieren wir mit einem jährlichen kreativen Dankeschön.

Wir werden in den nächsten Wochen einen Versand mit Anmeldeformular für den 100er-Club starten. Wenn du bereits jetzt beitreten möchtest, dann trage dich im Formular auf unserer Webseite ein: www.jungegruene.ch/lu. Wenn du weitere Fragen hast, sende uns doch eine Mail (vorstand@jungegrueneluzern.ch). Eure Investition ist gut gewählt: Wir wissen unsere knappen Mittel effizient und nachhaltig einzusetzen. Dank eurer Unterstützung werden wir den Bürgerlichen auf den Zahn fühlen!

Gian Waldvogel, Junge Grüne Kanton Luzern



ABSCHIED VOM SEKRETARIAT

LIEBE RAHEL

Tausend Dank für deine Arbeit auf unserem Sekretariat! Wir schätzen deinen Einsatz sehr. Du hast uns Grüne in den letzten 6 ½ Jahren unterstützt, koordiniert und ganz viel Hintergrundarbeit geleistet. Du hast dich zu einer äusserst kompetenten politischen Sekretärin entwickelt, die wir ungern ziehen lassen. Dank deinem Wissen, deinem Organisieren, Koordinieren und Umsetzen funktioniert vieles in unserer Partei so optimal. Auch in den hektischen Zeiten hast du immer den Überblick bewahrt und diese sogar lustvoll gemeistert. So oft durften wir sehen, dass vieles bereits geplant war, bevor wir überhaupt daran dachten.

Die Zusammenarbeit mit dir war nicht nur gut, sie hat auch Spass gemacht. Zum Beispiel beim Planen von

Standaktionen hast du viele gute Ideen und Inputs eingebracht und gleich auch an die Umsetzung gedacht. Wo immer es nötig war, hast du mitangepackt und unsere Mitglieder motiviert, aktiv zu werden.

Zweimal hast du für uns die kantonalen und nationalen Wahlen betreut – ein riesiger Aufwand mit vielen Zusatzaufgaben. Du hast in beiden Wahljahren das grosse Ganze vor Augen gehabt und uns viel Arbeit abgenommen. Wir konnten auf deine Erfahrung zurückgreifen. Du hattest alle Abläufe, Eingaben, Materialien und vor allem alle erforderlichen Einsätze auf dem Radar und hast dafür gesorgt, dass die Wahlen und viele weitere Kampagnen und Projekte reibungslos liefen.

Du hast das Co-Präsidium und den Vorstand mit viel Elan unterstützt und warst uns manchmal eine Nasenlänge voraus. Mit Herzblut stehst du für die grünen Themen ein und bringst sie mit deiner engagierten, aber auch humorvollen Art an die Leute. Danke, liebe Rahel.

Wir gratulieren dir zu deinem Masterabschluss in Politikwissenschaft. Für ein paar Monate möchtest du nun die Welt erkunden. Für die Zeit danach suchst du eine neue berufliche Herausforderung. Wir wünschen dir für deine Zukunft alles Gute und freuen uns, dass wir dich als aktives Mitglied der Grünen weiterhin an unseren Anlässen antreffen dürfen.

Katharina Meile und Raffael Fischer

NEU IM SEKRETARIAT

HERZLICH WILLKOMMEN NADINE

Wir haben eine neue politische Sekretärin. Nadine Berthel hat Mitte Januar bei uns angefangen und versteht zusammen mit Andreas Kappeler die Schnittstelle unserer Partei. Sie ist ein Glücksfall für uns: Nadine hat einen Abschluss in Klimawissenschaften und zusätzlich langjährige Erfahrung als Kampagnenleiterin und Freiwilligenkoordinatorin bei Greenpeace. Dieses Wissen und ihre Fähigkeiten bringt sie bei uns ein und wird uns mit frischem Wind beim Politisieren unterstützen.

Liebe Nadine, wir freuen uns auf eine engagierte, kreative Zusammenarbeit mit dir – herzlich willkommen!

Katharina Meile und Raffael Fischer

GRÜNE AUSGANGSLAGE

Die Grünen treten in allen Gemeinden mit Parlamenten zu den Wahlen an. In Kriens und Luzern kämpfen die bisherigen Exekutivmitglieder um ihre Wiederwahl. In verschiedenen Gemeinden gilt es Personen der Grünen in die Kommissionen zu bringen.

Grüne Politik ist insbesondere auf kommunaler Ebene sehr wichtig. Hier müssen die ökologischen und sozialen Vorstellungen sehr konkret umgesetzt werden und haben direkte Auswirkungen auf die Umwelt und das Zusammenleben. Um so wichtiger ist ein gutes Abschneiden bei den kommenden Kommunalwahlen.

In Ebikon, Sursee, aber auch Willisau werden neben den Exekutiven, wo die Grünen leider nicht vertreten sind, auch verschiedene Kommissionen neu bestellt. Hier müssen die Grünen ihre Stimme einbringen können.

WIEDERWAHL BEWÄHRTER EXEKUTIVKRÄFTE

Mit Cyrill Wiget stellen die Grünen in Kriens den Gemeindepräsidenten. Cyrill Wiget konnte im Sommer 2015 in einem äusserst spannenden Wahlkampf das Gemeindepräsidium erobern, das so von der SVP zu den Grünen wechselte.



Bild: Nico Zumstein



Bild: Franca Pedrazzini

In der Stadt Luzern tritt Adrian Borgula zu seiner zweiten Amtszeit als Stadtrat an. Er hat in seiner ersten Legislatur den Stadtrat mitgeprägt. Verschiedene Projekte, die Adrian Borgula angerissen hat, gilt es in der nächsten Legislatur gut umzusetzen.

Für beide Exekutivkandidaturen bestehen Komitees, welche auf möglichst viele Mitglieder angewiesen sind. Beitreten kann man über die Website der Grünen. www.gruene-luzern.ch

GRÜNE KRAFT IN DEN PARLAMENTEN STÄRKEN

In Kriens, Horw, Emmen und der Stadt Luzern stehen Parlamentswahlen an. Die politische Realität zeigt, dass Errungenschaften für Umwelt, Bildung oder im sozialen Bereich immer wieder durch die Sparideologen von rechts gefährdet werden. Um auch auf Gemeindeebene eine nachhaltige Politik sicherzustellen ist es unabdingbar, dass noch mehr Grüne Köpfe in die Parlamente gewählt werden. Um dem aktuellen Trend zu trotzen, ist dafür ein extra Effort notwendig, der den Grünen Ortsparteien nur mit der Unterstützung aller Mitglieder und der WählerInnen gelingen kann.

Andreas Kappeler, Politischer Sekretär, Emmen

EINE PALAVERVERANSTALTUNG ZUM KONFLIKT ZWISCHEN PALÄSTINA UND ISRAEL

NIEMAND WAR SCHON IMMER DA!

Der Nahostkonflikt bewegt – auch in Luzern. Noch selten interessierte ein Palaver so viele Personen wie am 7. September im MaiHof. 47 Personen lauschten gespannt den Erläuterungen von Edith Hausmann, Menschenrechtsbeobachterin für PeaceWatch in Palästina, und diskutierten anschliessend interessiert mit.

EINE LANGE GESCHICHTE DES KONFLIKTS – ODER: WER HAT RECHT AUF DAS LAND?

Edith Hausmann begann ihr Referat mit einer kurzen Einführung zur historischen Bedeutung des Konflikts. Diese führte über die Fluchtwellen der Juden gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die Gründung des Staates Israel, Kriege, die Diskussion zur Zweistaaten-Lösung und die beiden Intifadas bis hin zur aktuellen Siedlungspolitik in Israel. Schon die Geschichte des Konflikts zeigte, dass eine völkerrechtliche Antwort auf die Frage der Landverteilung nur schwer zu finden ist, denn niemand war schon immer da. Der Glaube und die Berufung auf biblische Textstellen heizen den Konflikt eher an, als dass sie zu einer Lösung des Problems beitragen würden. Sämtliche Versuche von internationalen Instanzen wie den Vereinten Nationen konnten den Konflikt bisher allenfalls regulieren, aber nicht beseitigen.

DIE WICHTIGKEIT HINZUSCHAUEN UND ZU DOKUMENTIEREN

Im Hauptteil des Abends erklärte die Referentin die Arbeit und das Vorgehen von MenschenrechtsbeobachterInnen. Bei dieser Arbeit geht es weniger um das Ziel den Konflikt zu lösen, als vielmehr darum präventiv zu wirken und für Personen in den palästinensischen Dörfern das Leben etwas erträglicher zu gestalten. Präventiv wirkt die Arbeit durch die Anwesenheit der Beobachterinnen und Beobachter, durch das Hinschauen und die Berichte, welche erstellt werden. Gesetzesbrüche und Benachteiligungen der palästinensischen Bevöl-

kerung können dadurch in einigen Fällen verhindert oder zumindest gemeldet werden. Edith Hausmann berichtete beispielsweise von Bauern, welche sie zu Feldern begleitete, um das Vieh weiden zu lassen. Ohne die Hilfe von MenschenrechtsbeobachterInnen würden die Bauern von den Feldern vertrieben, obwohl sie das Recht auf die Nutzung besitzen. Begleitet werden auch Kinder auf ihrem Schulweg den stark befahrenen Strassen entlang, auf welchem das Leben der Kinder oft mutwillig durch Autofahrerinnen und Autofahrer gefährdet wird. Andere Ungerechtigkeiten können nur dokumentiert werden, so zum Beispiel die unfaire Wasserverteilung zwischen den israelischen Siedlungen und den palästinensischen Dörfern oder das Abreißen von palästinensischen Wohnhäusern, welches für die Bewohnerinnen und Bewohner neben dem Verlust des Hauses noch eine hohe Rechnung für die Abrisskosten zur Folge hat.

UND DOCH KEIMT HOFFNUNG

Die israelische Gesellschaft ist gemäss der Referentin nicht als Einheit zu verstehen. Viele Israelis haben genug vom jahrzehntelangen Konflikt. Es existiert eine Opposition gegen die Siedlungspolitik des Staates und die Berufung auf biblisches Recht der orthodox Gläubigen. Ob dies den Konflikt jedoch in nützlicher Frist lösen kann, ist fraglich.

Die an das Referat anknüpfende Diskussion zeigte viel Verständnis der Anwesenden für die schwierige Situation der palästinensischen Bevölkerung. Betont wurde die Wichtigkeit der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen in den besetzten Gebieten, aber auch die Pflicht, in welcher internationale Organisationen wie die UNO auf politischer Ebene stehen würden. Denn eine Lösung kann nicht durch Gewalt, sondern nur auf politischer Ebene gefunden werden.

Roger Kirchhofer, Mitglied des Städtischen Vorstands, Luzern

AGENDA



JANUAR

Di, 26.01.2016, 19:15 Uhr
Kandidierenden Workshop

FEBRUAR

Di, 16.02.2016, 19:30 Uhr | Ratsaal, Kornmarkt 3, Luzern
Nominationsversammlung Grossstadtrat

So, 28.02.2016
Abstimmungssonntag

MÄRZ

Sa, 26.03.2016, 09:00 h - Helvetiaplatz
Standaktionen Kommunalwahlen

APRIL

Sa, 09.04.2016
Grünes Fest

Sa, 09.04.2016, 09:00 h
Standaktionen Kommunalwahlen

Sa, 16.04.2016, 09:00 h
Standaktionen Kommunalwahlen

Sa, 16.04.2016 - Aargau
Delegiertenversammlung Grüne Schweiz

Sa, 23.04.2016, 09:00 h - Helvetiaplatz
Standaktionen Kommunalwahlen

MAI

So, 01.05.2016
Wahlsonntag

So, 01.05.2016, 17:00 h - Restaurant Neustadt
Wahlfeier

JUNI

So, 05.06.2016
Abstimmungssonntag

PAROLEN

BUND

CVP-Initiative «Heiratsstrafe abschaffen»	NEIN
Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!	JA
Durchsetzungsinitiative	NEIN
Sanierung Gotthard Strassentunnel	NEIN

KANTON

Initiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik»	NEIN
--	------

STADT LUZERN

Referendum Voranschlag 2016	NEIN
Verkauf Mattenhof II an Eberli AG	NEIN
Referendum Bestattungs- und Friedhofswesen	FREIGABE

EMMEN

Bodeninitiative	JA
-----------------	----

